

Niederschrift

über die 12. öffentliche Sitzung

des Gemeinderates

am Mittwoch, dem **19.02.2020**, im **Ratssaal des Rathauses in Sande**

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**
- 2. Einwohnerfragestunde**
- 3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 vom 11.12.2019**
- 4. Erlass einer Haushaltssatzung 2020
Vorlagen: 014/2020 und 014/2020/1**
- 5. 2. Änderungssatzung der Hebesatzsatzung
Vorlage: 015/2020**
- 6. Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhausen (Stellplatzgebührensatzung)
Vorlage: 013/2020**
- 7. Herausnahme von nicht mehr benötigten Gemeinbedarfsflächen aus verschiedenen Bauleitplänen der Gemeinde Sande
Vorlage: 011/2020**
- 8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen**

Beginn: 17:00 Uhr

Anwesend:

Ratsmitglieder

Beigeordnete Ulrike Schlieper
2. stellv. Bürgermeisterin Ruth Bohlke
Ratsfrau Isabel Bruns
Beigeordneter Frank David
Ratsherr Peter de Boer
Bürgermeister Stephan Eiklenborg
Ratsherr Christian Fiedler
Ratsherr Hermann Kleemann
Ratsherr Thomas Ney
Beigeordneter Reinhard Oncken
Ratsfrau Kirstin Pöppelmeier
Ratsfrau Annika Ramke
1. stellv. Bürgermeister Michael Ramke
Beigeordneter Achim Rutz
Ratsherr Franz Tellner
Ratsfrau Yvonne Tellner
Ratsherr Andreas Tieste
Ratsherr Uwe Wispeler
Ratsfrau Gisela Wübbenhorst

Verwaltung

Gemeindeoberamtsrat Klaus Oltmann
Gemeindeamtsrat Jens Santjer
Gemeindeamtsrätin Nadine Stamer als Schriftführerin

Zur Tagesordnung wurde wie folgt verhandelt:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Die Ratsvorsitzende, Beigeordnete Schlieper, eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

2. Einwohnerfragestunde

- - -

3. Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 vom 11.12.2019

Beschluss:

Die Fassung der Niederschrift wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. Erlass einer Haushaltssatzung 2020 **Vorlagen: 014/2020 und 014/2020/1**

Die Verwaltung berichtete einleitend über die stattgefundene Demonstration des Wirtschaftsförderungsvereins, mit der der Verein seinen Unmut über die geplante Steuererhöhung zum Ausdruck bringen und erreichen wollte, dass der Rat von den Erhöhungsplänen Abstand nimmt. Es wurde der Verwaltung im Rahmen der Demonstration ein Schreiben überreicht, das allen Ratsmitgliedern im Vorfeld der Sitzung zur Verfügung gestellt wurde.

Seitens verschiedener Ratsmitglieder wurde bedauert, dass die Aktion so kurz vor der Ratssitzung durchgeführt wurde, wodurch keine Möglichkeit mehr besteht, in der Sache ins Gespräch zu kommen. Wünschenswert wäre es gewesen, wenn im Rahmen der Haushaltsberatungen im Fachausschuss etwaige Alternativen zur Steuererhöhung angesprochen worden wären, über die hätte beraten werden können.

Der Bürgermeister nahm Bezug auf das vom Verein formulierte Schreiben und wies den Vorwurf einer verfehlten Finanzpolitik aufgrund des Umstandes, dass die Gemeinde vielfach Maßnahmen aufgrund von Beschlüssen in der Bundes- oder Landespolitik umzusetzen hat, zurück und sah nicht die geäußerte Gefahr, dass die Gemeinde durch die Steuererhöhung verödet. Es wird auch weiterhin eine gute Zusammenarbeit angestrebt, die nach Auffassung des Bürgermeisters nicht in Abhängigkeit zu den jetzigen Beschlüssen steht. Im Folgenden wurde auf den vorliegenden Haushaltsplanentwurf eingegangen, der verdeutlicht, dass die finanzielle Lage der Gemeinde weiterhin nicht gut ist, aber nunmehr Entscheidungen getroffen werden müssen, da ein Schieben dieser die Probleme nicht lösen wird. Bei allem Verständnis für die Proteste gegen die Steuererhöhungen darf nicht vergessen werden, dass die Gemeinde die Daseinsvorsorge auch weiterhin gewährleisten muss und der Anteil der freiwilligen Leistungen bei lediglich 5 % des Haushaltsvolumens liegt.

In der sich anschließenden Haushaltsrede des Kämmerers stellte dieser zunächst den Prozess der Planerstellung vor, ehe die geplante Investitions- und Finanzierungstätigkeit vorgestellt wurde. Es folgte eine Analyse der Ursachen für die aktuelle Situation, die auf einige wenige Sachverhalte wie die reduzierten Schlüsselzuweisungen, die steigende abzuführende Kreisumlage, notwendige Brandschutzmaßnahmen in den Grundschulen und notwendige Straßenunterhaltungsmaßnahmen zurückzuführen ist. Als

Ausblick wurde prognostiziert, dass sich die Situation in den Folgejahren aufgrund bestehender struktureller Probleme nicht wesentlich verbessern wird.

In der Haushaltsrede der SPD-Fraktion wurden zunächst die aus Sicht der Fraktion unausweichlichen investiven Maßnahmen aufgezählt und letztlich auf die nicht von allen Fraktionen und Gruppen mitgetragenen Dorferneuerungsmaßnahmen im Bereich des Ortseingangs Süd und der Ortsmitte eingegangen und die Fraktionsentscheidung nochmals begründet. Im Weiteren wurde ausgeführt, dass trotz der aktuellen Haushaltslage die Notwendigkeit für eine zusätzliche Teilzeit-Stelle gesehen wird, um die anstehenden Aufgaben im Zusammenhang mit der Digitalisierung in der Verwaltung bewältigen zu können. Die Erhöhung der Steuerhebesätze auf 500 % wurde mit dem Hinweis darauf begründet, dass Einsparungen und Nachberechnungen nicht zum notwendigen Ausgleich des Ergebnishaushalts geführt haben und unter den gegebenen Umständen keine andere Möglichkeit gesehen wurde. Anhand einzelner Beispielberechnungen wurden die tatsächlichen Auswirkungen der Steuererhöhungen dargelegt. Abschließend wurde an das Land appelliert, die Kommunen umfangreicher mit Mitteln auszustatten, anstatt immer neue Förderprogramme aufzulegen und zum vorliegenden Haushaltsplanentwurf Zustimmung signalisiert.

Die CDU-Fraktion mahnte an, die Gesamtsituation der Gewerbetreibenden im Blick zu behalten und eine Umverteilung der Lasten in Betracht zu ziehen. Die avisierte Anhebung der Steuersätze bugsiert die Gemeinde landkreisweit an die Spitze und wurde hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewerbetreibenden als ein Schritt zu viel eingestuft. Die überwiegend selbstveranlassten Ausgaben können nach Ansicht der Fraktion perspektivisch gesehen nicht fortgesetzt werden und es wurden entsprechende Entscheidungen gefordert, die auch mal unpopulär ausfallen können, insbesondere die freiwilligen Leistungen betreffend. Der vorliegende Haushaltsplanentwurf wurde von der Fraktion abgelehnt.

Die Gruppe Grüne/FDP dankte zunächst der Verwaltung für die übersichtliche Darstellung der Haushaltszahlen. Die vielfältigen Ursachen für die Haushaltslage sind auf Entscheidungen der vergangenen Jahre zurückzuführen, die nicht mehr zurückgenommen werden können. Das Schieben von Maßnahmen, zur Erreichung des Haushaltsausgleichs führt letztlich zu Mehrkosten, da die Maßnahmen absehbar teurer werden. Auch die Steuererhöhungen helfen der Gemeinde nicht auf Dauer. Moniert wurde, dass die Gemeinde gezwungen ist, Steueranpassungen vorzunehmen, während der Landkreis Friesland Überschüsse erwirtschaftet. Im Ergebnis signalisierte die Gruppe Zustimmung zum vorliegenden Haushalt, auch wenn nicht alle Einzelmaßnahmen mitgetragen werden.

Beschluss:

Dem finalen Haushaltsentwurf 2020 mit Anlagen wird mit den Änderungen aus dem Finanzausschuss vom 05.02.2020 zugestimmt. Nach § 112 NKomVG beschließt der Rat den Erlass der vorliegenden Haushaltssat-

zung 2020 sowie die Festsetzung des Investitionsprogramms.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

5. **2. Änderungssatzung der Hebesatzsatzung**

Vorlage: 015/2020

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die in der Sitzung des Finanzausschusses am 05.02.2020 vorgelegte 2. Änderungssatzung zur Hebesatzsatzung der Gemeinde Sande.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen 4 Nein-Stimmen

6. **Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhäusern (Stellplatzgebührensatzung)**

Vorlage: 013/2020

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande beschließt gemäß § 58 Abs. 1 Nr. 5 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der zur Zeit gültigen Fassung den Erlass einer 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Nutzung und die Erhebung von Stellplatzgebühren für den öffentlichen Wohnmobilstellplatz in Altmarienhäusern (Stellplatzgebührensatzung) vom 15.03.2018 zum 01.04.2020.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. **Herausnahme von nicht mehr benötigten Gemeinbedarfsflächen aus verschiedenen Bauleitplänen der Gemeinde Sande**

Vorlage: 011/2020

Beschluss:

Der Rat der Gemeinde Sande bestätigt, dass die Fläche „An der Feuerwehr“ und das Grundstück Hauptstraße 81 künftig nicht mehr als Gemeinbedarfsflächen benötigt werden.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Zur Nachfrage eines Ratsmitgliedes, wie sich der aktuelle Sachstand in Bezug auf das Fahrradverkehrskonzept für die Hauptstraße darstellt, informierte der Bürgermeister, dass erste Gesprächsrunden mit allen Beteiligten stattgefunden haben und die vorliegenden Pläne derzeit von der Straßenbauverwaltung überarbeitet werden.

Nach einer kurzen Unterbrechung wurde um 18:05 Uhr in nichtöffentlicher Sitzung weiterberaten.